

„Die Giche“

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands S.-D.

Abonnementspreis pro Monat: 30 Goldpfennig.

Verlag: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschl. Berlin S.O. 55, Grifflerstraße 221-22

Alle Bestellungen für die „Giche“ an H. Sauerhoff, Ulm a. D., Kerkstr. 47, Telefon 1442. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Bestellungen sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Grifflerstraße 221. Einzelne Bestellungen an M. Sauerhoff, Berlin N. O. 55, Grifflerstraße 221. Postfachkonto 20 221 beim Postbezirkamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 6-gespaltene Pettzelle 20 G.-Pf., Arbeitsmarkt 15 G.-Pf. Ortsvereinsanzeigen 10 G.-Pf.

Hört die Stimme des Kulenden!

Von Abg. Anton Erkelenz-Berlin.

Die Wiederaufrichtung der Gewerksvereine und Gewerkschaften nimmt mehr Zeit in Anspruch, als man noch vor einigen Monaten annehmen konnte. Und doch entscheidet das Tempo dieses Wiederaufbaues in weitem Umfange über das Schicksal der deutschen Arbeitnehmerschaft und der Wirtschaft.

Die Krise, in der die Gewerksvereine und Gewerkschaften aller Richtungen stehen, hat zwei Ursachen, zwei voneinander größtenteils unabhängige Ursachen. Die eine Ursache ist materiell, die andere ist geistig. Die eine führt zu wirken auf, sobald die Gewerkschaften geordnete, ausreichende Finanzen haben. Die andere dauert länger, greift tiefer. Die materielle Ursache der Gewerkschafts-krise ist die Geldentwertung. Die geistige Ursache sind die

Ernährungsverhältnisse

politischer, gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Art.

die heute auf den Arbeitern lasten. Natürlich ist die geistige Mähdigkeit teilweise auch eine Folge der Geldentwertung. Ueberhaupt treffen sich die beiden Heile gegenseitig. Aber die Ursache der materiellen Krise kam und wird längst überwunden sein, wenn die geistige Krise noch lange besteht wird.

Die Geldentwertung hat nicht nur den Arbeiter verarmen lassen, sondern noch mehr seine Organisation. Denn der Lohn sank sich doch sehr viel schneller der Geldentwertung an, als der Beitrag bis zur Hauptklasse kam. Als wir vor drei Jahren einmal zahlenmäßig darlegten und voraussagten, hat man uns das verübelt. Jetzt haben wir die Bescherung, Lamentieren hilft nicht. Wir müssen hindurch. Ein harter Abbau des Beamtenapparates, der Zeitungen und anderer Dinge ist die Folge. Das Uebel wäre schon längst behoben, wenn nicht die andere, die geistige Krise dazu käme. Wenn unsere Mitglieder vom Tage der Stabilisierung der Mark ab gleich wieder ihren Friedensbeitrag gezahlt hätten, dann hätten wir zwar unser Vermögen noch nicht wieder, aber wir hätten längst wieder

gestaltete Finanzen, feste Unterhaltungen,

könnten unsern Werbeapparat spielen lassen und hätten das Schlimmste schon überwunden.

Die Tragik der Gewerkschaften aller Richtungen liegt in der geistigen Krise, in der sich die Arbeitnehmerschaft befindet. Vor fünf Jahren hatten wir eine gewerkschaftliche Hochflut, jetzt haben wir eine gewerkschaftliche Ebbe. Ein lebenslänglicher Philosoph könnte sagen: das war vorauszusehen. Auf Sonnenchein folgt Regen; auf Sturm folgt Windstille; auf Begeisterung folgt Enttäuschung. Eifrige Leser wissen, daß wir im Sommer 1919 diese kommende Enttäuschung ankündigten.

Die Enttäuschung hat folgende Ursachen:

1. härtere Erwartungen, als jemals erfüllt werden konnten;
2. die Verarmung, die der verlorene Krieg gebracht hat;
3. die wirtschaftlichen Zerkörungen, die als Folge der Reparationskämpfe, der Geldentwertung eintraten;
4. die Kämpfe zwischen Kommunismus und Sozialismus, als Ursachen gewerkschaftlicher Räumungen und Spaltungen;
5. die Rache der Unternehmer für ihre Niederlage in der Revolution.

Es gibt kindliche Naturen, die glauben, die Gewerkschaften müßten fähig sein, alle diese Verluste einfach zu überwinden und in Gewinnvorteile umzuwandeln. Aber

es gibt kein Zaubermittel,

mit dem man etwa die Verarmung infolge des Krieges einfach beseitigen könnte. Die Gewerkschaften und ihre Führer können die Folgen der kommunistischen Zerkörungen nicht einfach weglassen. Was Millionen zerschlagen, können nicht die paar Tausend wieder heilen. Daraus entsteht Enttäuschung, Unwille zur Mitglieds-

schaft, Unwille zur Beitragszahlung, organisatorische Schlampelei usw. Das alles schwächt die Organisation weiter. Daraus kommt neue Hoffnungslosigkeit.

Es ist nicht möglich, vorher zu sagen, wie lange Jahre wir brauchen, um diese gewerkschaftliche Krise zu überwinden. Das kann zwei Jahre, aber auch fünf Jahre oder noch länger dauern. Man kann sagen: die gewerkschaftliche Krise wird schnell überwunden, wenn es der Wirtschaft wieder dauernd gut geht, wenn der Verdienst mit den Preisen im Einklang steht. Wann das sein wird, wissen wir nicht. Aber eines wissen wir: daß diese Krise einmal überwunden wird. Daß die Gewerkschaften nicht überlebt sind, daß sie eines Tages die Massen der Arbeiter wieder an sich ziehen. Das alles steht so fest wie Sommer und Winter, oder wie der Fels im Meere. Alle Feinde der Gewerksvereine, sei es aus dem Unternehmerlager, sei es bei den Kommunisten oder Syndikalisten, haben bisher noch nicht gezeigt, durch welche andere Einrichtungen die Gewerksvereine abgelöst werden könnten. Die Gewerksvereine stehen mit der großindustriellen Betriebsweise in Wechselwirkung. Sie werden so lange bestehen, wie diese besteht, und das ist wohl noch sehr lange.

Wenn das alles richtig ist, dann begreift man eines schwer, nämlich, warum nicht emfiger daran gearbeitet wird, die gewerkschaftlichen Organisationen wieder aufzubauen. Es gibt auch heute noch

Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter,

die das alles genau so gut wissen wie wir. Warum ziehen sie nicht die einzige mögliche Folgerung aus ihrer Erkenntnis, nämlich selber wieder der Organisation beizutreten und andere zum Beitritt zu gewinnen? Gewiß, einmal wird die gewerkschaftliche Krise überwunden sein. Aber sie wird umso früher überwunden, je mehr fleißige Hände sich regen, um den Pessimismus und den Mangel an Opferwillen zu bekämpfen. Von nichts kommt nichts. Es sind jetzt fast sechsundfünfzig Jahre her, daß die gewerkschaftlichen Organisationen gegründet wurden. Damals übernahmen ein paar Duzend Arbeiter den Kampf gegen den Indifferentismus, gegen Mangel an Opferwilligkeit. 50 Jahre lang hat man gekämpft, bis Ende 1918 so gut wie jeder deutsche Arbeiter organisiert war. Das haben die paar Duzend fertig gebracht, weil sie an ihre Sache glaubten. Und nun sollen die Millionen Arbeiter, die jetzt noch mit uns an die gewerkschaftliche Sache glauben, es nicht fertig bringen, in einem Bruchteil dieser fünfzig Jahre, sagen wir mal in sechs Monaten, die Organisation wieder stark und leistungsfähig zu machen. Das müßte doch mit dem Teufel zugehen.

Deshalb: rührt die Arme! Laßt nicht latentlos alles zerfallen! Schaut nicht bloß zu! Ihr könnt jetzt noch mit leichter Mühe vieles retten, was später erst mühsam wieder errichtet werden muß.

Darum, Kollegen! sorgt überall für die Stärkung der Organisation! Rüttelt die Gleichgültigen, die Unorganisierten auf. Wer sich und alle seine Kollegen nicht schädigen will, muß organisiert sein und seine Beitragspflichten erfüllen. Ein Schmarotzer am Körper der Arbeiterbewegung wird doch niemand sein wollen.

Unternehmerwillkür.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner Nr. vom 30. Mai 1924 folgendes Rundschreiben der Berliner Metallindustriellen:

Bereits unterm 26. März hat der B.M.V. seinen Mitgliedsfirmen durch Rundschreiben die Einstellung solcher gewerblichen Arbeitnehmer verboten, die nach dem 23. März aus den B.M.V.-Betrieben ausgetreten sind, weil die Lohnfrage nicht geregelt war. In dem neuen Rundschreiben vom 17. Mai heißt es einleitend:

„Beschwerden von Mitgliedern beweisen uns, daß die Durchführung des Einstellungsverbotes nicht überall richtig gehandhabt wird. Wir nehmen daher Veranlassung, mit nachstehenden Ausführungen auf Einzelheiten in der Handhabung des Einstellungsverbotes einzugehen.“

Es folgen dann genaue Vorschriften über die Prüfung der Papiere.

„Meldet sich ein Arbeiter zur Einstellung, so ist zunächst an Hand der Papiere des betreffenden

Arbeiters festzustellen, bei welcher Firma er zuletzt beschäftigt war. Hierbei kann sich folgendes herausstellen:

a) Der Arbeiter kommt unmittelbar von einer Verbandsfirma. Damit erübrigt sich eine weitere Nachprüfung der Papiere.“

Das heißt, dem Arbeitsuchenden wird einfach die Tür gewiesen. Er bekommt keine Arbeit.

„b) Der Arbeiter war zuletzt bei einer Nichtverbandsfirma beschäftigt. Für diesen Fall ist festzustellen, bei welcher Firma er gearbeitet hat, bevor er bei der Nichtverbandsfirma eintrat. War auch diese eine Nichtverbandsfirma, so ist die Nachprüfung nach der vorhergehenden Beschäftigungskette fortzuführen und zumindest so weit, bis festgestellt ist, bei welcher Firma der betreffende Arbeiter am 23. März 1924 beschäftigt war.“

Damit ja nicht etwa ein Arbeiter durch die Mähdien des B.M.V.-Netzes schläft, wird auch im Falle der Angabe eines Arbeiters, zuletzt arbeitslos gewesen zu sein, genau nachgeprüft, ob die Arbeitslosigkeit nicht etwa nach dem omnibus 23. März 1924 eingetreten ist. In diesem Falle ist der Arbeitslose bei B.M.V. ebenfalls abgemeldet.

Zusammenfassend bemerken wir zu dem unter I Gelagten, daß es im Hinblick auf eine richtige Handhabung des Einstellungsverbotes erste Pflicht einer jeden Firma ist, sorgfältige Prüfung der Papiere jedes sich zur Einstellung meldenden Arbeiters vorzunehmen. Geht aus den Papieren eines Arbeiters nicht lückenlos hervor, oder bezw. bei welchen Firmen er in der Zeit vom 23. März 1924 bis zu dem Tage, an der er sich zur Einstellung meldet, gearbeitet hat, so muß die Einstellung unbedingt unterbleiben.“

Einstellung und Nachfragen

Hat sich bei sorgfältiger Prüfung der Papiere ergeben, daß der sich zur Einstellung meldende Arbeiter seine letzte Beschäftigungskette lückenlos nachweisen kann, so ist bezüglich der Einstellung folgendes zu beachten:

a) Die Einstellung eines Arbeiters kann ohne weiteres vorgenommen werden, wenn dieser in der Zeit vom 23. März 1924 bis zu dem Tage, an dem er sich uns zur Einstellung meldet

1. ausschließlich bei Nichtverbandsfirmen gearbeitet hat oder
2. arbeitslos war oder
3. mit Unterbrechung bei Nichtverbandsfirmen tätig und in Zwischenzeiten arbeitslos war.

b) War der betreffende Arbeiter zuletzt oder nach dem 23. März 1924 bei einer Mitgliedsfirma tätig, so darf eine Einstellung nur erfolgen, wenn die betreffende Firma ausdrücklich ihre Genehmigung dazu erteilt.

c) Erteilt die Verbandsfirma, bei der er wegen der Einstellung Rückfrage erhalten wird, ihre Zustimmung nicht, so darf die Einstellung nicht erfolgen. Hierbei weisen wir jedoch ausdrücklich darauf hin, daß die Genehmigung zur Einstellung nur dann erteilt werden darf, wenn die Firma, bei der ein Arbeiter nach dem 23. März 1924 ausgeschieden ist, diesen Arbeiter zu den alten Arbeitsbedingungen wieder einstellen will. In allen anderen Fällen muß die Genehmigung zur Einstellung erteilt werden.

Verband Berliner Metall-Industrieller. ges. Oppenheimer.“

Dieses Rundschreiben ist ein ernstes Mahnwort an alle in der Metallindustrie beschäftigten Kollegen. Man könnte zwar an die Regierung die Frage richten, wie lange man solche Unternehmerwillkür dulden will. Selbsthilfe hat bisher noch stets zum Ziel geführt. Niemals würden die Unternehmer solchen Schritt wagen, wenn ihnen nicht die Zahl der Indifferenten und Organisationszerstörer bekannt wäre. Auch unter den Modell- und Fabriktschilern gibt es Kollege, die glauben, ohne Organisation besser zu fahren. Das Rundschreiben wird sie hoffentlich eines besseren belehren. Kann es etwas gemeineres geben, als in dieser Weise die Freizügigkeit des einzelnen zu beschneiden. Die brutale Unternehmerwillkür kann nur beseitigt werden, wenn der letzte Mann der Organisation angehört. Darum hinein in den Gewerksverein der Holzarbeiter!

Neue Verhandlungen

über den Reichsmantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe haben am 2. Juni in Berlin begonnen.

Einheitsfront.

(Schluß.)

In dem Bericht der Metallarbeiterzeitung heißt es dann weiter: Hier zeigte sich erneut, was von der Reichsheider Organisation noch übrig geblieben war. Trotz der unerhörten Höhe mußte eine Versammlung überhaupt ausfallen, weil niemand erschienen war und im Volkshaus saßte man, gutgezehrt, ca. 70 Anwesende, und auf Anfrage wurde festgestellt, daß 25 von den Erschienenen in Arbeit standen. In dieser Verwaltungsstelle war nichts mehr zu zerschlagen, das hätte mit entsprechender Gründlichkeit die jahrelange kommunistische Wahnsinnspolitik besorgt. Bei dem Stand der Reichsheider Organisation von Einheit der Arbeiterklasse zu reden, ist bösenartige Heuchelei. Nach dem Bericht versuchte der Hauptvorstand erneut die Trümmer zu retten, stößt aber auch hier auf den heftigsten Widerstand. Im Volkshaus, wo eine enge Sitzung stattfinden sollte, prangte am Fenster folgender Zettel: Achtung! Metallarbeiter! Die Stuttgarter Spalter sind heute morgen erneut wieder angekommen. Metallarbeiter! fragt sie schleunigst, was sie hier wollen? Sonst aber müßt ihr ihnen Auskunft geben können.

Das war das Signal für die aufgepeitschten und irreführenden Arbeiter, so mußte eine Progromstimmung entstehen, und ausgerechnet in die es Volkshaus verlegte die Ortsverwaltung zum Schutze unserer persönlichen Sicherheit die Sitzung. In dem Bericht heißt es weiter: In Voraussicht der kommenden Dinge erwirkten wir am 5. April vom Amtsgericht in Riemsee eine einstweilige Verfügung, nach welcher die bisherige Ortsverwaltung unser Büro zu räumen hat. Am Montag, den 7. April frühmorgens waren wir durch die Stadt bereits über 20 Mann auf den Fersen und als wir das Büro erreichten, dürften es wohl doppelt soviel gewesen sein. Nachmittags haben wir dann das Büro von dem Gerichtsvollzieher übernommen und versuchten, Einblick in die bisherige Ortsverwaltung zu erhalten. Zuerst zeigte sich, daß die aus Beitragsmarken bestehende, alleinständige Kartothek befeuert war, die Schränke und der Keller lagen voll von Mitgliedsbüchern Ausgetretener und Gestrichener. Am schlimmsten sah es in der Kasse aus. Eine Fieberlichkeit, Schlampelei, ein Verbrechen wurde hier an den Mitgliedern begangen. Die Einzahlungsbücher für Haupt- und Lokalasse enthielten seit dem Abschluß des Jahres 1923 nicht eine einzige Eintragung. Aus den Mitteln der Hauptkasse überhandte Sitzunterstützungsgehälter in Höhe von 57000 G. M. waren ebenfalls nicht eingetragen. Auch keine verkaufte Beitragsmarke und keine abgegebene Erwerbslosenmarke war in diesen Büchern eingetragen. Im Ausgabebuch der Hauptkasse war die letzte Eintragung der Abchluß für das 3. Vierteljahr 1923. Geradezu fürchterliche Zustände! Belege und Quittungen, eine ganze Menge ungeordnet, nicht eingetragen, keine der vorgezeichneten Listen (Seilage) angefertigt; keine Arbeiten für die Abrechnung des ersten Vierteljahres 1924, das bereits abgelaufen war, nichts, garnichts. Diese Ortsverwaltung hatte guten Grund, eine Zusammenarbeit mit einem Vertreter des Vorstandes zu fürchten. Aus dem weiteren Bericht, der an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig läßt, geht noch hervor, daß gegenüber die Gerichte angerufen sind und daß die außerordentlich wertvollen Witwenrenten abgewandt sind. Es heißt an einer Stelle: Mit einem Auro der Kassenbuchführung, die sich selbstverständlich auch in kommunikativen Punkten befindet, wurde gestohlen: Schreib- und Schreibmaschinen mit 100 Stücken, 2 Schreibmaschinen, 2 Schreibmaschinen, Stühle, Ähren, Kleider, Anzüge, Schuhe und eine unermessliche Menge kleiner Dinge.

Dieses sind nur einzelne Proben von der Zerrissenheit der Arbeiterschaft innerhalb der freien Gewerkschaften. Auf Grund dieser Beispiele werden auch die gütigen Juraisten mit dem Anspruch der Metallarbeiterzeitung übereinstimmen, wo es heißt: Bei dem Stand der Reichsheider Organisation von Einheit der Arbeiterklasse zu reden, ist bösenartige Heuchelei.

R: Fortsetzung können wir hoffen, daß unser Gewerkschaften, nicht in den schlimmsten Tagen der Revolution von ihnen getrennt werden können. Ein ernstlicher Kampf ist es, und werden wir in Zukunft nicht nur durch unsere Gewerkschaften die politische und religiöse Bewegung durchzuführen. Stellung vor der politischen und religiösen Bewegung ist eine wesentliche und muß unbedingt Grundbesitz einer Arbeiterorganisation sein. Man findet hier die Aufzeichnung der Kasse. Entschuldigend, der bei den gütigen Juraisten zur Unterstützung eintritt, in Ergänzung, gebietet in der Lage, die politische Bewegung. So können wir auch für hoffen, wenn wir die Einheitsfront in den Gewerkschaften herstellen, dann muß sich die Deutsche Arbeiterbewegung an den Boden der deutschen Gewerkschaften stellen, die den Grundbesitz der politischen und religiösen Bewegung in sich trägt.

Sägerarifverhandlungen.

Die Vorgänge bei den letzten Tarifverhandlungen für das württembergische und badische Sägewerkgewerbe, besonders das Verhalten des unparteiischen Vorsitzenden im Tarifamt, der Sacharbeitern eine Lohnerhöhung von 2-5 Pfennigen zubilligte, aber mehr nicht geben wollte, haben einen Kollegen von uns aus dem badischen Schwarzwald veranlaßt, uns folgende Zeilen zu überlenden:

In Stuttgart haben Sägerverhandlungen stattgefunden - Wie wurde da dem Arbeitsmann an seinem Lohn geschunden - Mehrfach wurden die Verhandlungen zum Scheitern gebracht, - Ja, ist denn das in heutiger Zeit auch noch was gemacht! - Vier ganze Pfennige wurde uns im Sägewerk aufgebessert, - Das ist so, als wenn man einem kranken Kinde die Milch verewässert. - Ein Regierungsrat war als unparteiischer Richter aufgestellt, - Als Riesenerfolg ist unser jämmerlicher Lohn so hochgeschneit. - So wird es vom Unternehmertum heute gemacht, - Langsam werden wir um unser Hab und Gut gebracht, - Tut ihr aus der Westentasche läen, - Dann könnt ihr blutige Felder mähen, - Habt ihr den Fleiß der Arbeit nicht gekannt, - Dann kommt ihr schließlich selber auf den Hund. - So werden radikale Elemente groß gezogen - Ist's da ein Wunder, wenn eines Tages bricht der Bogen? - Wir haben dem Unternehmer unsere Kraft dahin gegeben, - Was er bezahlt dafür, reicht nicht fürs nackte Leben! - Die Arbeitsfreudigkeit wird dadurch sehr geschwächt, - Ob sich das nicht auch noch einmal bitter rächt? - Ein ehrlich Mittel bleibt uns nur noch vorbehalten - Wollen wir unser wenig Eigentum uns noch erhalten: - Treu müssen wir im Gewerkschaftsverein zu unsern Führern stehen, - Wenn wir nicht gänzlich wollen noch zu Grunde gehen! R. R.

Ein Mahnruf an das arbeitende Volk

im Kreise Wittgenstein

Sendet uns ein Kollege, indem er schreibt: Groß ist die Not, ernst ist die Zeit. Mehr denn je ist es notwendig, daß wir treu zur Organisation halten und jede Zersplitterung vermeiden. Die Arbeitgeber geben uns in dieser Beziehung ein Beispiel von Gefühlslosigkeit. Sie zeigen aber auch, mit welchen Mitteln man arbeitet, um die Organisation zu vernichten. Lange Jahre haben wir gekämpft um unsere Rechte, haben unsere Existenz verteidigt. Im Kriege taten wir, was in unseren Kräften stand, um das Vaterland zu verteidigen, Blut und Leben wurde geopfert. Und heute fängt der Kapitalismus wieder an, ein kraßes Gesicht zu zeigen. Menschen, die früher nichts hatten, sind reich geworden und wollen den Diktator spielen. Schlösser und Paläste haben sie sich gebaut, Wälder gekauft, Güter in großem Umfange erworben. Auf der anderen Seite Armut und Not in der Arbeiterschaft. Lange Arbeitszeit und erbärmliche Löhne will man wieder einführen, mit Brutalität will man das Recht der Arbeiterschaft verkümmern. Gewiß, nicht alle Arbeitgeber sind so. Es gibt auch unter sie noch anständige Menschen, doch denen, die nur an sich denken, die nur nach Herrenmanier den Arbeiter kaum eine menschenwürdige Existenz gönnen, denen muß unser Kampf gelten. Wie sehen die Lohnverhältnisse aus, wo nur Willkür herrscht. In der Bürstenfabrik in Arfeld sieht man sich nicht, erwachsenen Arbeitern 23 Pfg. Stundenlohn anbieten, verlangt, daß man täglich 10 Stunden zu Hungerlöhnen arbeiten soll. Ist es nicht eine Schmach, daß man Arbeitern derartiges zu bieten wagt. Wenn es noch eine Gerechtigkeit gibt, dann kann diese einseitige Diktatur nicht ungehört bleiben vor dem ewigen Richterstuhl. Doch für alle Arbeiter im Bezirk sind diese Vorgänge eine ernste Mahnung. Wir wollen nichts unverjudt lassen, um die Organisation, unseren Gewerkschaften, zu stärken. Er hat uns stets geholfen, wo es galt, unsere Interessen zu vertreten. Die Führer der Gewerkschaften haben uns unterstützt, so weit sie in der Lage waren und unterließen nichts, was erforderlich war, unser Los zu erleichtern. Jeder brave Arbeiter muß sich unwillkürlich die Frage vorlegen: „Gibt es denn noch eine Gerechtigkeit und gibt es noch eine Gerechtigkeit Gottes?“ (Dieser Satz spricht Bände. Die Red.) Darum, Kollegen und Arbeiter des Kreises Wittgenstein, kann es für uns nichts anderes geben, als fester und treuer Zusammenschluß innerhalb unserer Organisation und Tätigkeit unter allen Arbeiterorganisationen. Denkt daran, daß die Arbeitgeber jede Zersplitterung innerhalb der Arbeiterorganisationen mit Freuden begrüßen und sich daraus Nutzen ziehend aus unserer Haut. Betrachten wir doch die Kämpfe im ganzen Deutschen Reich um die Frage der Arbeitszeit, der Entlohnung, der Erhaltung des noch verbliebenen Restes des Betriebsratgesetzes und anderes mehr und betrachten wir die Verbissenheit, und die Willkür der Arbeitgeber, uns wieder ins alte Sklavenjoch zu

beugen! Kollegen, wenn wir deutsche Männer und deutsche Arbeiter im bisherigen Ansehen in der Welt bleiben wollen, müssen auch wir im Kreise Wittgenstein uns mit aller Kraft gegen den Feind stemmen und nicht nur zur Nichtstun machen: Bis hierher und nicht weiter, sondern unsere Parole muß erneut lauten: Immer vorwärts!

Betriebliebenes.

Der „Bolschewiker“ zum Nachkündentag. In der Betriebszeitung der Bolschewiker in Stuttgart steht folgendes zu lesen: „Seit mancherorts wieder die Arbeitszeit über 48 Stunden in der Woche hinaus verlängert wird, kann man auch in unserm Haus hin und wieder Zweifler hören, die unsen: Wer weiß, ob uns nicht das gleiche bevorsteht. Zur Beruhigung dieser Schwarzseher diene, was Herr Direktor Winer vor einiger Zeit auf eine Anfrage des Betriebsrats, wie sich die Firma zu einer drohenden Einführung des Neun- oder Zehnstundentages stelle, zur Antwort gab: Er berufe sich nur auf die früheren Erklärungen unserer Firma, aus denen klar zu ersehen sei, daß sämtliche maßgebenden Herren im Haus Bosch am Nachkündentag festhalten. Aus den vor kurzem herausgegebenen Richtlinien unserer Betriebsleitungen, betreffend Lohnerhöhung nach dem gefällten Schiedsspruch geht ebenfalls klar hervor, daß im Haus Bosch der Nachkündentag beibehalten wird.“ Wieder ein erneuter Beweis von berufener Seite, daß der Nachkündentag die Produktion nicht hemmt.

Aus den Ortsvereinen.

Schwelm. In der am 3. Mai abgehaltenen Monatsversammlung war Kollege Daun anwesend. Derselbe sprach über die gescheiterten Bezirkstarifverhandlungen und ihre Folgen. Das interessante Thema fand aufmerksame Beachtung und ergab eine rege Aussprache. Es wäre nur wünschenswert gewesen, wenn alle Kollegen des Ortsvereins die Interessanten und zugleich lehrreichen Worte des Kollegen Daun vernommen hätten. In der heutigen Zeit ist es mehr denn je erforderlich, daß die Kollegen die Gleichgültigkeit fallen lassen und sich mehr ihrer Organisation widmen; denn nur wenn die Organisation durch tatkräftiges Mitarbeiten aller Kollegen unterstützt und gestärkt wird, ist es möglich, die sozialen Erwerbsverhältnisse zu behalten und günstige Tarifverträge abzuschließen zu können. Mögen alle Kollegen den Ernst der Stunde erfassen und danach handeln. - Gleichzeitig sei hiermit allen Kollegen zur Kenntnis gebracht, daß unsere Monatsversammlungen bis auf Weiteres an jedem ersten Samstag im Monat stattfinden. Das müssen sich alle Kollegen merken und diesen ersten Samstag im Monat für die Gewerkschaftsversammlung freigehalten.

Briefkasten.

R. L. Jeder Vorsitzende eines Ortsvereins ist verpflichtet, darauf zu achten, daß der Kassierer immer pünktlich zum 10. eines Monats die Abrechnung und das Geld eingekandt hat. Auch die Teilzahlungen während des Monats sind nach wie vor zu leisten. Mit der Einsendung der Abrechnung darf nicht gewartet werden, bis jeder Kollege seine Beiträge bezahlt hat. Wer zum richtigen Termin seine Beitragspflicht nicht erfüllt hat, muß als Restant gemeldet werden.

M. 3. Die Wertfragebogen sind gleich einzulenden; auch in der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder darf nicht veräußert werden.

An alle Kassierer. Unterstützungsanträge sind in allen Fällen nur an den Hauptvorstand zu senden, doch ist dem Bezirksamte davon Kenntnis zu geben. Unterstützungen aus dem Gewerkschaftsverein, ganz gleich welcher Art, sind nur nach Anweisung des Hauptvorstandes zu zahlen. Ohne Anweisung darf keine Unterstützungsauszahlung erfolgen.

R. R. Lohnbücher kosten pro Stüd 10 Pfg., Vereinsnadeln, pro Stüd 50 Pfg. Zu beziehen durch den Ortsvereinskassierer vom Hauptbüro.

Einheitliche Vereinsabzeichen.

Allen Mitgliedern wird die Anschaffung der Vereinsnadel empfohlen. Dieselbe kostet pro Stüd 50 Pfg. und ist durch die Ortsvereinskassierer vom Hauptbüro zu beziehen.

Nachruf.

Nach langem Krankenlager verstarb am 4. Mai unser treues Mitglied

Karl Jeschke

im Alter von 65 Jahren. Sein Eintreten für unsere Sache sichert ihm bei uns ein dauerndes Andenken.

J. H. Der Vorstand des Ortsvereins Pösten, Nr. Osterode, (Ohr.)